

Bernd Steinbach · Bensberger Str. 255 · 51503 Rösrath

An meine
Mitbürgerinnen und Mitbürger
des Wahlbezirks 15

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,**

im Herbst des letzten Jahres wurde der offizielle Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2021 der Stadt Rösrath bekannt gegeben. Dieser fiel überraschend positiv aus. Der Überschuss im Jahr 2021 betrug 5,8 Millionen Euro. Dieser Überschuss bedeutet, dass 5,8 Millionen Euro mehr an Steuern bezahlt wurden, als die Kommune in diesem Haushaltsjahr brauchte.

Den Überschuss hat der Rat der Ausgleichsrücklage zugeführt, die danach 11,9 Millionen Euro umfasst. Das entspricht ziemlich genau der Summe aller Überschüsse, die seit dem Jahr 2017 erzielt wurden. Die aktuellen Prognosen für die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sehen mehr oder weniger eine Punktlandung vor, sodass die Rücklagen durch diese Haushaltsjahre keine nennenswerten Veränderungen erfahren.

Die Stadt Rösrath kommt also aus sehr guten finanziellen Jahren. Von einer „klammen Kommune“ konnte und kann nicht die Rede sein, obwohl das ja gerne als Ausrede vorgeschoben wird.

Anders sehen die zukünftigen Jahre aus. In der Ratssitzung vom 15.01.24 wurde der städtische Haushalt für das laufende Jahr eingebracht, der dann in der Sitzung am 18.03.24 verabschiedet werden soll.

Der Haushalt sieht eine Unterdeckung von 8,05 Millionen Euro vor, obwohl die Einnahmen auf Rekordniveau liegen. Nach Jahren der Überschüsse liegt also erstmalig wieder ein wirklich tief rotes Ergebnis vor. Für die gestiegenen Einnahmen ist insbesondere der Anstieg der Gewerbesteuer verantwortlich. Im aktuellen Haushaltsjahr sind Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 15,2 Millionen geplant (12,4 Mio. in 2023). Der Rest ist ziemlich konstant. Die Verwaltung kann immer noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen die Grundsteuerreform haben wird. Derzeit nimmt die Stadt 8,08 Mio. Euro durch die Grundsteuer ein.

Lesen Sie auf
der Rückseite weiter



Bernd Steinbach

Wahlbezirk 15
Forsbach Süd-West

Bensberger Str. 255
51503 Rösrath
M 0171 / 6132450
steinbach.bernd@t-online.de



Yannick Steinbach

Fraktionsvorsitzender der Fraktion
ForsPark im Rat der Stadt Rösrath

Hoffnungthaler Str. 37
51503 Rösrath
M 0175 / 3600703
steinbach-yannick@web.de

Der Glasfaserausbau in
Forsbach kommt.



Problematischer stellen sich demgegenüber die Ausgaben dar. Die Bürgermeisterin möchte 28% mehr für Personal ausgeben (14,59 Mio. in 2024 gegenüber 11,42 Mio. in 2023). Wir haben noch keine Ahnung, mit welchen Stellen sie das erreichen möchte. Aber nachdem sich die Stadt inzwischen einen Klimaschutzmanager, einen Nachhaltigkeitsmanager und demnächst noch einen Mobilitätsmanager leistet, fehlt uns die Fantasie, mit welchen Stellen sie diese Personalausgaben schaffen möchte. Die Stelle eines Energiemanagers haben wir vor Kurzem erst gemeinsam mit der FDP und der CDU verhindert. Wir sind der Meinung, dass die jeweiligen Manager erst einmal nachweisen müssen, dass sie ausgelastet sind. Insofern können Sie sich darauf verlassen, dass wir hinsichtlich solcher Personalausgaben Sie als Steuerzahler stets im Blick behalten.

Das Defizit in Höhe von 8 Millionen Euro wird nicht durch Steuererhöhungen finanziert. Wir nehmen in voller Höhe die Ausgleichsrücklage in Anspruch. Das ist ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde möglich. Der Haushalt gilt somit als ausgeglichen. Wir möchten an der Stelle aber auch einmal herausstellen, dass wir es als Erfolg unserer Fraktion verbuchen, dass trotz dieser großen Unterdeckung Steuererhöhungen kein Thema sind. Wir haben es in unseren vergangenen Bürgerbriefen, in der Presse und auch auf unserer Bürgerversammlung immer wieder betont, dass es keine Steuererhöhungen geben darf, solange die Überschüsse der letzten Jahre nicht aufgebraucht sind. Die dadurch geschaffene Transparenz und der öffentliche Druck sorgen unseres Erachtens jetzt dafür, dass die Verwaltung diesem Ansatz folgt.

II. Unterbringung Geflüchteter

Es vergeht im Grunde keine Woche, in der uns als Stadt keine neuen Geflüchteten zugewiesen werden. Dementsprechend ist die Unterbringung eine der größten aktuellen Herausforderungen, die die Kommune hat. Dabei ist die Einquartierung in Hotels keine Ausnahme. In der letzten Ratssitzung des Jahres 2023 hatte der Rat darüber zu entscheiden ob, wo und wie eine neue Unterkunft für Geflüchtete entstehen soll. Gut zwei Stunden lang debattierte der Rat zu diesem Tagesordnungspunkt. Es war eine Sternstunde der Demokratie. Argumente wurden ausgetauscht, Sorgen und Probleme beleuchtet und am Ende entschied halt eine Mehrheit.

Der Rat entschied sich dazu, auf dem städtischen Grundstück an der Brander Straße hinter der Autobahnunterführung eine Containeranlage zu errichten. Um das vorweg noch einmal klarzustellen: Wir bekommen deswegen keine Zuweisung mehr. Die Anlage wird errichtet, um andere Unterkünfte zu schließen, etwa Behelfszelte oder aber der Standort am Freiherr vom Stein Schulzentrum. Die Stadt macht das nicht, um noch mehr Geflüchtete nach Rösrath zu holen.

Zu entscheiden war insbesondere, wie viel Geld für eine solche Anlage ausgegeben wird. Wir haben als Fraktion für die günstigere Alternative gestimmt. Das politisch linke Spektrum (Grüne, SPD, ZLR) wollte etwa 50% mehr ausgeben und statt der Container Modulbauten dort platzieren. Die Container fanden mit den Stimmen der CDU dann eine Mehrheit, sodass sich der Rat darauf verständigt hat. Aber auch die günstigere Alternative kostet uns als Stadt 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommen die Kosten für die Erschließung. Dafür lassen sich demnächst aber vielleicht auch die teuren Hotelzimmer vermeiden.

Wir sind der Meinung, dass die Interessen aller Steuerzahler hier größer zu gewichten sind, weshalb wir für die günstigere Variante gestimmt haben. Teilen Sie uns aber wirklich gerne mit, wie Sie dazu stehen, da weitere Entscheidungen dieser Art folgen.

Die AfD übrigens, für die das ja ein wichtiges Thema sein dürfte, nahm an der Sitzung nicht einmal teil.



Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Anwohner der Brander Straße nicht glücklich über diese Entscheidung sind. Schätzungsweise 100 Bürgerinnen und Bürger aus diesem Stadtteil waren bei der letzten Ratssitzung anwesend. Solche Unterkünfte sind in der Nachbarschaft nur begrenzt gern gesehen. Ein Ratsherr der FDP brachte auf seinem Facebook Account ins Spiel, die Heidchenwiese für Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Einem solchen Vorstoß erteilen wir eine klare Absage. Solche Containeranlagen können nicht einfach mitten im Ort platziert werden. Insofern halten wir den Standort an der Brander Straße im Außenbereich für angemessen.

In der Stadt Rösrath sind derzeit 282 Geflüchtete aus der Ukraine und 451 aus anderen Ländern untergebracht. Im Haushalt sind rund 2 Millionen Euro an Aufwendungen für Asylbewerber angesetzt.

III. Kita Höhenweg/Bauvorhaben Altvollberg/OGS Plätze/Kita an der Katholischen Kirche

Derzeitiger Stand der Dinge ist, dass die Kita Höhenweg in das Neubaugebiet Altvollberg ziehen soll, damit die Grundschule die Fläche der Kita bekommt.

Wir halten diesen Ansatz nicht für die beste Lösung. Zum einen ist die Kita dann ganz im Süden des Ortes schon recht abgelegen und zum anderen sind wir der Meinung, dass die Defizite beim Kitaangebot kein entweder oder erlauben. Außerdem wird sich das Thema Altvollberg noch etwas länger hinziehen.

Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die Erweiterung im Bestand nicht funktioniert. Wir wollen daher mit Ihnen einen neuen Gedanken anstoßen: Die Fläche, die zwischen Lehrer- und Besucherparkplatz zur Verfügung steht, eignet sich unseres Erachtens nach bestens, um dort die fehlenden Räume für den offenen Ganztags entstehen zu lassen. Die Kita Höhenweg behielte dadurch ihren zentralen Standort und könnte auch ihre Konzepte, für die sie den vorhandenen Platz braucht, weiterverfolgen. Und auch die neuen Räumlichkeiten befänden sich unmittelbar in der Nähe der Grundschule. Das neue Gebäude müsste dort auf dem abschüssigen Gelände zwar arrondiert werden, das könnte unseres Erachtens aber problemlos erreicht werden. Wir hoffen, dass Sie als Eltern, Personal und Anwohner diesbezüglich mit uns in die Diskussion einsteigen und uns eine Rückmeldung geben.

Des Weiteren unterstützt die Stadt den Ausbau der Kita an der katholischen Kirche mit 3 Millionen Euro. Das ist nur in die Öffentlichkeit gelangt, weil wir bei der Kommunalaufsicht beantragt haben, dass dieser Tagesordnungspunkt in den öffentlichen Teil verlegt wird. Andernfalls dürften wir da heute kein Wort drüber verlieren. Im Gegenzug für diese Investition müssen wir als Stadt im Anschluss entsprechend auch keine Raummiete zahlen, sodass die Unterstützung der katholischen Kirche, die die restlichen Kosten übernimmt, nach unserer Auffassung gerechtfertigt ist. Die Versorgung mit Kitaplätzen geht also merklich voran.

IV. Evangelische Kirche

Inzwischen ist allgemein bekannt, dass auf dem Gelände der evangelischen Kirche ein Seniorenheim entstehen soll. Die Art und Weise, wie die Evangelische Kirche vorgegangen ist, wurde aus der Bürgerschaft hinreichend und zu Recht kritisiert. Davon strikt zu trennen ist die Rolle des Wöllnerstifts. Es wäre natürlich schön, wenn sich ein Gemeindezentrum auf dem Grundstück erhalten ließe. Dadurch, dass die Kirche das Grundstück vermieten will, greift aber auch kein Vorkaufsrecht der Stadt. Die einzige Möglichkeit, die die Politik zur Einwirkung noch hat, ist im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens. Im Zuge der dann durchzuführenden Offenlage haben Sie alle die Möglichkeit, sich am Verfahren zu beteiligen.



Allerdings wird erfahrungsgemäß auch nahezu alles abgeschmettert. Aller Voraussicht nach wird dieses Verfahren wohl erst den nächsten Rat beschäftigen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen sind wir sicher, dass der Satzungsbeschluss in dieser Wahlperiode nicht mehr zustande kommt.

V. Baugebiet Altvolberg

Ursprünglich stand die Abwägung der beiden Offenlagen im Dezember auf der Tagesordnung. Dagegen hat unser Fraktionsvorsitzender einen Eilantrag bei Gericht gestellt, nachdem die Bürgermeisterin eine gesetzte Frist reaktionslos verstreichen ließ. Damit hatten wir Erfolg, der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Die Offenlage umfasst rund 100 Einwände, über die jeweils abzustimmen ist. All dies sind Eingaben von Ihnen und Ihren Nachbarn im Stadtgebiet. Wir wollen, dass diese nicht einfach übergangen werden, sondern wirklich beraten werden. Das ging in der Kürze der Zeit nicht. Die Verwaltung argumentierte, sie hätte den Tagesordnungspunkt ohnehin absetzen wollen, weil noch Unterlagen des Investors fehlten. Warum das dann überhaupt auf die Tagesordnung kommt, erschließt sich nicht, zeigt aber, wie chaotisch es in der Verwaltung teilweise zugeht. Geplant war dann eine Sondersitzung am 22.01.24, die abgesagt wurde, weil die Unterlagen noch immer fehlen.

In der nächsten Sondersitzung, die noch zu terminieren ist, soll dann aber ohne die fehlenden Unterlagen abgestimmt werden, damit die Investoren Planungssicherheit haben. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir vertreten Sie – nicht die, die hinzuziehen wollen, und auch nicht die Investoren, die nicht alle Unterlagen beibringen. Wir halten diese Vorgehensweise für absolut unglaublich. Und dennoch hat der Plan wohl eine Mehrheit im Rat. Nochmal: Die Grünen wollen da sogar Mehrfamilienhäuser haben, die unseres Erachtens dort überhaupt nichts zu suchen haben.

Die Kita dort steht ohne die fehlenden Verträge auf wackeligen Füßen und die ersten Anträge, das Baugebiet zu erweitern, liegen bereits vor. Der Bebauungsplan soll um den der „Altvolberger Obstwiese“ erweitert werden. Nicht zu vergessen ist die ins Nichts führende Stichstraße, die auch nur der Erweiterung dienen kann. Das Volk häppchenweise müde machen, scheint hier das Motto zu sein.

Nicht mit uns. Auch wenn es scheinbar aus der Mode gekommen ist: Wir bleiben bei dem, was wir vor der Wahl angekündigt haben: Wir werden diesem Plan unsere Stimme verweigern. Verstehen Sie es also bitte richtig: Wenn wir Vorschläge machen, dann sind dies lediglich Vorschläge, die das Ausmaß reduzieren, um möglicherweise verbessernde Kompromisse durch zu bekommen. Den Bebauungsplan lehnen wir ab.

VI. Ausbau der Jäger Straße

Der Ausbau ist derzeit wieder nach hinten verlegt worden. 2028 soll dieser nun geschehen. Auf Wunsch einiger Anwohner konnten wir zumindest eine Sicherung der Einmündung vom Mühlenweg in die Jäger Straße erreichen, die Sie jetzt auf der Straße angebracht sehen. Dies ist ein schönes Beispiel für ganz alltägliche Kommunalpolitik.

Herzliche Grüße

Ihre Stadträte

Yannick Steinbach
Fraktionsvorsitzender

Bernd Steinbach